Der verschollene Honorar-Schatz



Steffen Habit

Es hätte ein spannender Abenteuer-Roman werden können. Arbeitstitel: "Die Suche nach dem vermissten Honorar-Schatz. Oder wo sind die 2.7 Milliarden Euro geblieben?" Leider handelt es sich jedoch nicht um eine fiktive Geschichte, sondern um die groteske Realität im Gesundheitswesen. Mit dem Start der Honorarreform stehen bundesweit den niedergelassenen Ärzten zusätzlich 2.7 Milliarden Euro zur Verfügung. Zugleich fürchten Bayerns Fachärzte massive Einbußen. Der auf den ersten Blick widersprüchliche

Streit um die Vergütung zeigt eindrucksvoll: Auch das neue System ist zu kompliziert und undurchsichtig. Mehr Transparenz ist dringend nötig, damit die Milliarden-Honorare auch wirklich in die Versorgung der Patienten fließen.

Zunächst sah es nach einem klaren Sieg für die Mediziner aus: Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) versprach den niedergelassenen Ärzten im Sommer 2008 einen Honorar-Zuwachs von 2,7 Milliarden Euro – offiziell ein Plus von zehn Prozent. Kritiker warfen der Regierung einen Kuhhandel vor. "Schwarz-Rot versucht, sich Ruhe bei den Ärzten zu kaufen, um eine verkorkste Gesundheitsreform umzusetzen", wetterte der FDP-Gesundheitsexperte Daniel Bahr. Für die Patienten bedeutete das Honorar-Plus einen Anstieg der Kassenbeiträge um knapp 0,3 Punkte.

Wo sind also die zusätzlichen Milliarden geblieben? Eindeutige Antworten gibt es immer noch nicht, allenfalls erste Spuren: Zunächst bezieht sich das zweistellige Honorar-Plus auf das Jahr 2007. Für Bayerns Ärzte heißt das konkret: 2009 steht im Vergleich zum Vorjahr nicht zehn Prozent mehr Geld zur Verfügung, sondern lediglich 4,2 Prozent. Der Freistaat gehört damit bundesweit zu den Schlusslichtern. Der Großteil des Honorar-Zuwachses fließt in die neuen Bundesländer: Thüringen verzeichnet eine Steigerung von über 20 Prozent, Sachsens Mediziner freuen sich über ein ähnlich sattes Plus.

Trotz Rechentricks der Regierung und Geldabfluss in den Osten – Bayerns Mediziner können in diesem Jahr 280 Millionen Euro mehr ausgeben. Dass viele Fachärzte dennoch Verluste fürchten, liegt am neuen absurden Honorarsystem. Nach ersten Prognosen der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) profi-

tieren vor allem Mediziner wie Pathologen und Laborärzte. Der Augenarzt oder Orthopäde verdient dagegen deutlich weniger. Hinzukommt: Die KVB darf nur einen Teil der Honorare über die Regelleistungsvolumina (RLV) ausschütten. Der Rest der Gelder wird erst Monate später verteilt.

Der Honorar-Streit hat Bayerns neuen Gesundheitsminister Markus Söder (CSU) kalt erwischt. In Rekordtempo musste sich der frühere Europaminister in Vergütungsdetails einarbeiten. Dennoch präsentierte Söder Mitte Januar stolz einen Kompromiss: Die einzelnen Bundesländer bekommen bei der Verteilung der Honorare wieder mehr Spielraum. Und: Der Verlust für den einzelnen Arzt darf nicht mehr als fünf Prozent betragen. Die Umsetzung dürfte allerdings äußert schwierig werden. Kein Mediziner wird freiwillig auf bereits angekündigte Gewinne verzichten. Außerdem zerstört das Modell Leistungsanreize: Praxen mit schlechten Umsatz bekommen einen Ausgleich. Engagierte Ärzte müssen dagegen einen Teil der Gewinne wieder abgeben. Eine gefährliche Gleichmacherei.

Der Protest der Ärzte gegen das ungerechte Honorarsystem richtet sich zunehmend gegen die Patienten. Um den Druck auf Krankenkassen und Politik zu erhöhen, sollen die Sprechzeiten auf das gesetzliche Minimum verkürzt werden. Auch einzelne Behandlungen wollen die Mediziner nicht mehr über Chipkarte abrechnen, sondern sich gesondert von den Kassen erstatten lassen. Der Patient als Geisel – eindeutig der falsche Weg. Wenn die Ärzte Verbesserungen erreichen wollen, brauchen sie die Unterstützung der Patienten. Ansonsten haben die Mediziner rasch die gesamte Öffentlichkeit gegen sich.

"Die niedergelassenen Ärzte erhalten ein kalkulierbares, gerechteres und auch transparentes Honorarsystem", kündigte Gesundheitsministerin Schmidt im Sommer 2008 an. Das Gegenteil ist der Fall. Das neue Vergütungsmodell basiert zwar erstmals auf festen Eurobeträgen, löst aber keines der Versprechen ein. Was verdient ein Orthopäde für einen Verbandswechsel und was bekommt ein Augenarzt für eine Dioptrien-Kontrolle? Auf diese simple Fragen gibt es immer noch keine klaren Antworten. Stattdessen beschuldigen sich Politik, Krankenkassen und Ärzte gegenseitig, mit falschen Zahlen die Stimmung anzuheizen. Die Patienten sind das Schwarze-Peter-Spiel leid. Nicht nur die Ärzte haben Anspruch auf ein durchsichtiges und kalkulierbares Vergütungssystem. Auch die Beitragszahler wollen zu Recht wissen, wo die zusätzlich 2,7 Milliarden Euro für die niedergelassenen Ärzte geblieben sind.

Steffen Habit, Redaktion Politik, "Münchner Merkur"